



SESSIONSBERICHT

Nr. 5 • Winter 2024



Ihr EVP-Team im Nationalrat

NIK GUGGER, ZH
nik.gugger@parl.ch
079 385 35 35

MARC JOST, BE
marc.jost@parl.ch
076 206 57 57

Keine Bescherung für die Ärmsten

Liebe Leserinnen und Leser

Die Wintersession ist auch die Budget-Session. In diesem Jahr diskutierte das Parlament unter besonders angespannter Finanzlage über Spar- und Investitionsvorhaben. Als EVP engagierten wir uns besonders für die Erhaltung der Gelder für die internationale Zusammenarbeit. Die Aussenpolitik beschäftigte aber auch bei anderen Traktanden: Beispielsweise beim Schutzstatus für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer oder dem Freihandelsabkommen mit Indien.

Die Wintersession ist auch die Weihnachts-Session. Wertvolle Begegnungen, Weihnachtsessen und -geschenke prägten auch die Adventszeit im Bundeshaus. Wir schauen auf ein herausforderndes Jahr zurück und sehen aber immer wieder, wie wichtig es ist, was wir als EVP bewirken können. So macht Politik Spass und ist erfüllend.

Herzlichen Dank für Ihre Interesse und die Begleitung in diesem Jahr!

Herzliche Grüsse, Nik und Marc

In diesem Bericht	Seite
Budget 2025	2
Eigenmietwert	2
IZA-Strategie	3
Familiennachzug	3
Schutzstatus S	4
Freihandelsabkommen Indien	4
Rechtsberatung Russen	4
Eingereichte Vorstösse	5

Budget 2025



Ganze 24 Stunden hat das Parlament über das Budget 2025 beraten. Das ist sicherlich auch Ausdruck einer angespannten Situation der Bundesfinanzen. Die Einhaltung der Schuldenbremse war eine Herausforderung. Eine Parlamentsmehrheit war zudem der Ansicht, dass die geänderte internationale Sicherheitslage höhere Investitionen in die Landesverteidigung erfordert, welche an anderen Stellen kompensiert werden musste. Als

EVP haben wir uns in der Budgetdebatte für die internationale Zusammenarbeit stark gemacht. Als reiches Land auf Kosten von Menschen in Not zu sparen, ist ein Armutszeugnis. Hier hat sich gezeigt, dass ein Erfolg manchmal auch nur bedeutet, Schlimmeres zu verhindern: Der Mehrheitsantrag der Finanzkommission, 250 Millionen bei der internationalen Zusammenarbeit zu kürzen, konnte auf 110 Millionen deutlich abgeschwächt werden. Damit hat der Bund auch für das kommende Jahr ein Budget, welches mit Ausgaben von rund 85 Milliarden Franken die Schuldenbremse gerade noch einhält.

Abschaffung des Eigenmietwerts

Bereits 2012 forderte die damalige EVP-Nationalrätin Marianne Streiff die Abschaffung des Eigenmietwerts und damit verknüpft die Streichung der Steuerabzugsmöglichkeiten für das Eigenheim. Dass der theoretische Mietzins auf die selbst bewohnte Immobilie als Einkommen versteuert werden muss, stört schon lange viele Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer. Störend ist auch, dass der Staat damit diejenigen steuerlich bestraft, die ihre Hypothek abbezahlen, da sie somit keine Schuldzinsen mehr von den Steuern abziehen können.

Nun haben sich National- und Ständerat auf die Abschaffung des Eigenmietwerts geeinigt und die bereits 2012 von der EVP geforderte Lösung gewählt: Zeitgleich werden Abzugsmöglichkeiten durch das Eigenheim ebenfalls gestrichen. Das ist fair gegenüber Mietenden, denn es führt – je nach Hypothekarzinsatz – zu gleichbleibenden oder nur gering tieferen Steuereinnahmen von Eigenheimbesitzenden.

Die Vorlage wurde mit einer neuen Objektsteuer verknüpft, welche Kantone freiwillig auf Zweitwohnungen erheben können. Damit sollen grössere Steuerausfälle für Tourismus-Kantone kompensiert werden können. Aufgrund dieser neuen Steuer ist für das Paket eine obligatorische Volksabstimmung und die Zustimmung von Volk und Ständen nötig.

Updates zu unseren Vorstössen:

[Eine starke Schweiz dank moderaten Tabaksteuern: Bundesrat beantragt Annahme des Postulat Gugger](#) →

Die Schweiz hat die niedrigste Gesamtsteuerbelastung für Zigaretten in Europa. Neben den zu erwartenden positiven gesundheitlichen Auswirkungen aufgrund eines Konsumrückgangs könnte der Bund durch eine Anpassung der Tabaksteuer auf das europäische Mittel über 250 Mio. Franken an zusätzlichen Einnahmen für die AHV generieren. Genau dies fordert das Postulat von Nik. Zu unserer grossen Freude (und einer Portion Erstaunen) hat der Bundesrat Annahme des Postulats beantragt – ein erster wichtiger Teilerfolg.

[Pilotbetrieb für E-Collecting mit der E-ID-Vertrauensinfrastruktur: Bundesrat beantragt Annahme der Motion Gugger](#) →

Die von Nik und weiteren Ratsmitgliedern eingereichte Motion fordert den Bundesrat auf, ein Pilotprojekt zu initiieren, um das elektronische Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden (E-Collecting) zu erproben. Die E-ID-Vertrauensinfrastruktur soll dazu als technische Grundlage dienen. Um datenschützerische und andere Cyber-Risiken zu minimieren, soll die Umsetzung datensparsam, dezentral und quelloffen erfolgen. Der Bundesrat beantragt nun Annahme.

Strategie Internationale Zusammenarbeit

Ein richtiger Abstimmungs-Krimi war die internationale Zusammenarbeit noch bei einem weiteren Geschäft: Neben dem Budget war diese auch mit der Strategie für die Jahre 2025-2028 traktandiert. Hauchdünn konnten wir den Kredit-Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne Kürzungen durchbringen. Bei der humanitären Hilfe für die Ukraine konnten im letzten Moment 200 Millionen Franken gerettet werden. Wiederum sehr knapp sind wir jedoch bei der Entwicklungszusammenarbeit unterlegen. Hier wird es über diese vier Jahre zu einer Kürzung von 150 Millionen Franken kommen. Leider erfolgt gerade diese Kürzung auf Kosten von Menschen in grosser Not. Ein Entscheid, der dem Image der humanitären Schweiz wohl schaden wird...

Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene: Ständerat zeigt sich bedachter



«Völkerrechtswidrig: Rote Linie beim Asylrecht überschritten» – so titelte die Medienmitteilung der EVP, nachdem der Nationalrat in der Herbstsession entschied, vorläufig Aufgenommenen das Recht auf Familiennachzug entziehen zu wollen. Vorläufig Aufgenommene können wegen den Umständen in ihren Herkunftsländern nicht zurückkehren, beispielsweise weil dort Bürgerkrieg herrscht. Diese Umstände ändern sich nicht kurz-

fristig. Entsprechend hätte dieser Entscheid ihr Menschenrecht auf Familie verletzt.

Wir sind sehr froh, dass der Ständerat nun in der Wintersession, nach besonnener Abklärung in der zuständigen Kommission, anders entschieden hat und die extreme Motion, wenn auch nur sehr knapp, mit 20 zu 18 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt hat.

Updates zu unseren Vorstössen:

[Aufklärungsgebot bei Kindern aus einer Samenspende: Bundesrat sieht Handlungsbedarf →](#)

Seit 2001 haben in der Schweiz Kinder, die durch eine Samenspende gezeugt wurden, ab ihrer Volljährigkeit das uneingeschränkte Recht, Informationen über den Spender zu erhalten. Seitdem wurden insgesamt 4'671 Kinder nach einer registrierten Samenspende geboren. Laut dem Bundesamt für Gesundheit wird dieses Recht jedoch nur sehr selten ausgeübt. Zwischen 2019 und 2023 wurden insgesamt nur sieben Anfragen von Kindern oder Erwachsenen gestellt, die Informationen über ihren Spender erhalten wollten. Mit seiner Interpellation wollte Marc vom Bundesrat wissen, was mögliche Gründe hierfür sein könnten. Auch der Bundesrat sieht Handlungsbedarf und wird dies im Rahmen laufender Gesetzesrevisionen (Fortpflanzungsmedizinengesetz und Abstammungsrecht) aufnehmen.

Neuorientierungsprogramme für Ausstieg aus der Prostitution

Das Postulat von Marc will den Bundesrat beauftragen, gemeinsam mit den Kantonen einen Bericht zu erstellen über Neuorientierungsangebote für Personen, die aus der Sexarbeit aussteigen möchten. Der Bericht soll den staatlichen Handlungsbedarf ermitteln, damit bedarfsgerechte Neuorientierungsangebote für solche Personen gewährleistet werden. Dazu sollen bestehende Angebote in den Kantonen sowie Studien analysiert werden, um die Nachfrage nach solchen Programmen zu bewerten und zu prüfen, ob die aktuellen Angebote dieser Nachfrage gerecht werden. Zudem sollen die Hindernisse identifiziert werden, die es betroffenen Personen erschweren, sich neu zu orientieren. Das Postulat ist ein Nachfolgevorstoss zu einer Motion von alt EVP-Nationalrätin Marianne Streiff aus dem Jahr 2022, welcher im Sommer vom Ständerat als Zweitrat abgelehnt wurde.

[Motion Streiff-Feller \(19.3265\) →](#)

Schutzstatus S – Parlament zeigt sich unsolidarisch

Absurd und unverständlich ist der Entscheid von National- und Ständerat zum Schutzstatus S. Dieser besondere Status für geflüchtete Menschen aus der Ukraine ermöglicht ein unkompliziertes Verfahren und das Recht auf Arbeit in der Schweiz.

Das Parlament will diesen Status nun nur noch an Menschen verleihen, die aus russisch kontrollierten oder umkämpften Gebieten der Ukraine geflohen sind. Die Parlamentsmehrheit verkennt dabei völlig, dass russische Raketen immer wieder unvorhersehbar und weit im Landesinneren der Ukraine einschlagen. Kein Gebiet in der Ukraine ist sicher. Eine Definition umkämpfter Gebiete ist folglich Willkür. Wir sind konsterniert, dass dieser unsolidarische Entscheid nun umgesetzt werden muss.



Freihandelsabkommen mit Indien im Ständerat



«Wie Weihnachten und Ostern zugleich!» So beschrieb Nik Gugger den Entscheid des Ständerates zum Freihandelsabkommen zwischen Indien und den EFTA-Staaten. Kurz vor der Abstimmung veranstaltete er zusammen mit der Economiesuisse und Swissmem einen gut besuchten Infoabend zum Freihandelsabkommen (siehe Bild). Wer Nik kennt, kennt auch seine grosse Liebe zu Indien. Als Adop-

tivkind aus Indien fühlt er sich mit seinen Wurzeln verbunden. So war Nik das perfekte Bindeglied zwischen Indien und der Schweiz und trug massgeblich zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen der Freihandelsabkommens bei. Nun hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat grünes Licht gegeben für das Freihandelsabkommen – und das ohne Gegenstimme.

Rechtsberatungsverbot für sanktionierte Russinnen und Russen

Das Schweizer Parlament hat das Rechtsberatungsverbot für sanktionierte russische Unternehmen und Oligarchen gelockert. Die Lockerung sieht vor, dass beratende Tätigkeiten erlaubt sind, jedoch keine anwaltliche Vertretung. Die EVP unterstützt das ursprüngliche Rechtsberatungsverbot und lehnt die Lockerung ab. Auch die SP und die Grünen sowie Wirtschaftsminister Guy Parmelin sprachen sich kritisch gegenüber den Lockerungsmassnahmen aus. Die Wahrung der internationalen Glaubwürdigkeit und die Verpflichtungen gegenüber den Sanktionen sind die Grundlage für das Rechtsberatungsverbot. Durch die Annahme der Motion kann es zu einer Schwächung der Glaubwürdigkeit der Schweiz und möglichen negativen aussenpolitischen Konsequenzen kommen.

Wertvolle Begegnungen



Nik beschenkt das Bundeshaus mit Weihnachtslaternen.



Marc im Einsatz für den FC Nationalrat. Hopp Schwiiz!



Junger Besuch bei Marc und Nik.





In dieser Session eingereichte Vorstösse:

MARC JOST

[Motion \(24.4437\)](#) – Strafbestimmung gegen Menschenhandel praxistauglicher definieren →

[Postulat \(24.4675\)](#) – Effektive Neuorientierungsprogramme für Personen, die aus der Prostitution aussteigen möchten →

[Interpellation \(24.4609\)](#) – Suizidbeihilfe für gesunde Menschen: Zeit für eine Gesetzesanpassung? →

[Fragestunde \(24.7842\)](#) – COP29 in Baku - fairer Anteil der Schweiz? →

[Fragestunde \(24.7843\)](#) – Wie profitiert die produzierende Landwirtschaft von Wildbestäubern? →

[Fragestunde \(24.8032\)](#) – Zeitliche Limitierung der Sistierung für Asylentscheide von Syrern und Syrerinnen →

[Alle Vorstösse von Marc Jost](#) →

NIK GUGGER

[Interpellation \(24.4215\)](#) – Fortschritte bei der Implementierung quantensicherer Systeme in der Schweiz →

[Interpellation \(24.4614\)](#) – Schon unsere Kinder weisen hohe Werte für Ewigkeitschemikalien im Körper auf – was bedeutet dies für die Zulassung solcher Stoffe? →

[Fragestunde \(24.7972\)](#) – Agrarbericht: Reduktionsziel Nährstoffverluste Stickstoff von 15%, ist der BR auf Kurs? →

[Fragestunde \(24.7971\)](#) – Sicherung und Wiederherstellung der Ökosysteme, anstatt immense Kosten für kommende Generationen zu generieren? →

[Alle Vorstösse von Nik Gugger](#) →